

Entschließungsantrag

des Abgeordneten KO Strache
und weiterer Abgeordneter

betreffend Einfrieren der Politikerbezüge

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten, Peter Pilz, Gabriela Moser, Freundinnen und Freunde an die Bundesministerin für Justiz betreffend politische Korruption in Österreich

Gemäß § 3 BezBegrBVG hat der Präsident des Rechnungshofes jährlich einen Anpassungsfaktor für die Erhöhung der Politikergehälter zu ermitteln, wodurch die öffentlichen Funktionäre in den Genuss einer Gehaltserhöhungsautomatik kommen, die vor dem Hintergrund der Korruptionsaffären, die das Ansehen der Politiker in der öffentlichen Meinung in den Keller sinken ließ, nicht zu vertreten ist.

Weiters hat die Finanz- und Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt wahrscheinlich noch nicht erreicht und Kanzler Faymann (SP) und Vizekanzler Spindelegger (VP) sowie auch die Grünen, allen voran der in einem Gemeindebau wohnende Nationalratsabgeordnete Pilz, wollen die Politikergehälter anheben. Dies hat auch massive Kritik von Wiens Bürgermeister Häupl hervorgerufen.

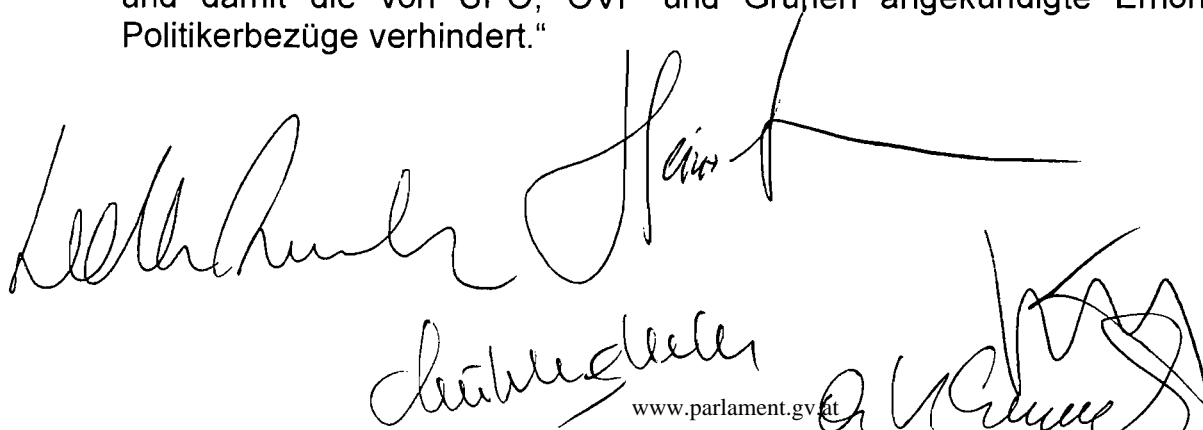
Offenbar besteht seitens eines Großteils der politischen Klasse kein Interesse daran, in Zeiten der Aufarbeitung der Korruption und der anhaltenden Konjunkturertrübung, bei sich selbst den Gürtel enger zu schnallen.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die eine Nulllohnrunde für Politiker sicherstellt und damit die von SPÖ, ÖVP und Grünen angekündigte Erhöhung der Politikerbezüge verhindert.“



www.parlament.gv.at